

Mit dem Recht der Supermacht – Ein Angriff auf den Irak soll Amerika schützen, doch er gefährdet bewährte Prinzipien der Friedenssicherung

von Stefan Ullrich

Die beste, und in manchen Fällen die einzige Verteidigung ist ein guter Angriff.“ Der Mann, der dies ausspricht, weiß, was er sagt. Schließlich ist er Verteidigungs-, und bald wohl wieder Kriegsminister der größten Militärmacht aller Zeiten. Seit dem 11. September ist Donald Rumsfeld der Star der US-Regierung. In ihm scheint die verstörte amerikanische Seele Zuversicht zu finden. Denn er verkündet eine trotzig- tröstliche Doktrin: Amerika wehrt sich – rasch, kraftvoll und ganz allein.

Rumsfelds Amerika wartet nicht auf die Verbündeten in Europa und die Gegenspieler im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Es wartet nicht, bis ihm Völkerrechts-Seminaristen ein Recht zur Selbstverteidigung zugestehen. Und es wartet schon gar nicht, bis es noch einmal heimgesucht wird vom diabolischen Duett aus Terrorgruppen und Schurkenstaaten. Amerika schiebt Bedenkenkrämerei beiseite, Amerika handelt.

Gestern ging es gegen die Talibanditen in Afghanistan, heute gegen die Saddamisten im Irak; und morgen wird notfalls der ganze vordere Orient auf den Kopf gestellt, um diesen so unruhigen Erdteil neu zu gestalten. Die Rumsfelds in Washington nehmen dabei den Abschied von drei Ordnungskonzepten in Kauf, die die Weltpolitik heute noch prägen: das System des westfälischen Friedens; das Kantsche Ideal vom ewigen Frieden; und das UN-System des bewehrten Friedens.

Der Westfälische Friede von 1648 beendete nicht nur den dreißigjährigen Krieg, er gestaltete auch die kommenden Jahrhunderte. Im Völkerrecht gilt seitdem das Prinzip der Nichteinmischung. Die Staaten regeln souverän die Angelegenheiten auf ihrem Territorium. Ein Hineinregieren von außen ist untersagt. Diese Grundregel des “interessantesten und charaktervollsten Werks der menschlichen Weisheit und Leidenschaft”, wie Friedrich Schiller den Westfälischen Frieden nannte, wird von der Bush- Regierung im Fall Irak nun außer Kraft gesetzt. Als Kronzeuge dafür mag Henry Kissinger, der Altmeister amerikanischer Außenpolitik, dienen, wenn er sagt: “Die Ablösung einer fremden Regierung zum Gegenstand militärischer Drohungen und möglicher Interventionen zu machen, stellt das gesamte System des Westfälischen Friedens in Frage.”

Ein Irak-Krieg Washingtons liefe zugleich konträr zu Immanuel Kants Maxime aus seinem Werk “Zum Ewigen Frieden”: “Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staats gewalttätig einmischen.” Der Philosoph war Anti-Interventionist. Er glaubte, dass sich die Länder der Erde von innen heraus zu Rechtsstaaten mit verantwortungsvollen Regierungen entwickeln würden, um dann auch in ihren Außenbeziehungen für Frieden zu sorgen. “Gerechte Kriege”, wie sie derzeit wieder in Amerika propagiert werden, gibt es im Sinne Kants nicht.

Nun dürften Donald Rumsfeld die Maximen des deutschen Denkers herzlich schnuppe sein. Andererseits baut aber das gegenwärtige Ordnungssystem der Staatenwelt, das von den USA maßgeblich mitgestaltet wurde, auf Kants Ideen auf: Die UN-Charta und damit das geltende Völkerrecht ächten den Krieg. Dies gilt allerdings nicht ausnahmslos. Der Friede, den die UN-Gründer schaffen wollten, sollte ein bewehrter Friede sein. Daher erlaubt die Charta den Staaten, sich gegen Angriffe zu verteidigen. Und sie gestattet dem Sicherheitsrat – und nur ihm –, schon im Vorfeld eines Angriffs, bei einer bloßen Gefährdung des Friedens, militärisch einzugreifen.

Auch dieses System droht in der Folge des 11. Septembers in die Brüche zu gehen. Washington hat klar gemacht, dass es auch ohne UN-Mandat gegen Saddam Hussein vorgehen wird, und dies, obwohl von einem Angriff des Iraks auf Amerika derzeit nicht gesprochen werden kann. Amerikanische Politiker und Völkerrechtler bemühen sich daher, eine Legitimation für einen Irak-Schlag jenseits der UN-Charta zu finden. Von "präventiver Verteidigung" ist die Rede und vom "gerechten Krieg". Eine Gruppe von Intellektuellen geht in Reaktion auf den 11. September und im Hinblick auf den Afghanistan-Feldzug sogar so weit, von einer Pflicht zum Krieg zu sprechen. "Es gibt Zeiten, in denen es nicht nur moralisch erlaubt, sondern moralisch geboten ist, Krieg zu führen als Reaktion auf furchtbare Akte der Gewalt, des Hasses und der Ungerechtigkeit. Gegenwärtig leben wir in einer solchen Zeit", heißt es in ihrem Manifest "Die Gerechtigkeit und der Krieg".

Die Zwänge des UN-Systems scheinen keine Rolle mehr zu spielen. Vielmehr werden in Amerika nun wieder die alten Lehren eines Augustinus und eines Thomas von Aquin über den Gerechten Krieg hervorgeholt. Ein Krieg muss danach unter anderem eine gerechte Sache verfolgen und so geführt werden, dass die Schäden den Nutzen für diese gute Sache nicht übersteigen. Solche Regeln haben durchaus den Sinn, Kriege zu zügeln. Sie fallen aber hinter die ausgeklügelte Systematik des modernen Völkerrechts und des UN-Systems zurück. Sollten sich die gerechten Krieger um Donald Rumsfeld durchsetzen, so würde das Recht der UN-Charta nach und nach verblassen. Die USA hätten kraft ihrer politischen und militärischen Macht ein neues Völkerrecht erzwungen.

Ganz so willkürlich, wie das in Europa wirken mag, ist diese Rechtsfortbildung auf amerikanische Art freilich nicht. Denn das gegenwärtige Völkerrecht zeigt Schwächen und Lücken und ist durchaus reformbedürftig. Das zeigte sich im Kosovo-Konflikt und dann wieder nach dem 11. September. Als das Milosevic-Regime die albanische Bevölkerung des Kosovo terrorisierte und vertrieb, geriet die Welt in ein Dilemma. Die Moral gebot ein Eingreifen, und auch das Recht fordert ja – etwa in der Völkermord-Konvention – Einmischung zum Schutz der Menschenrechte. Andererseits war der Sicherheitsrat durch Veto- Drohungen blockiert. Als Ausweg wurde die "humanitäre Intervention" erfunden: Bei schwersten Menschenrechtsverletzungen durch ein Regime, so diese Lehre, finde staatliche Souveränität ihre Grenzen. Ein Eingreifen sei auch ohne Plazet des Sicherheitsrats zulässig.

Über die Rechtmäßigkeit solcher Interventionen ist in den vergangenen Jahren viel disputiert worden. In der Praxis dürften humanitäre Eingriffe allerdings selten bleiben. Denn zum einen sieht sich der Westen nicht in der Lage, als weltweite Menschenrechts-Polizei aufzutreten. Zum anderen ist mit dem 11. September ein neues Problem aufgetaucht: Amerika und seine Verbündeten sind selbst zum Ziel massivster Gewalt geworden, und der Streit um humanitäre Interventionen wurde durch eine Debatte über die Grenzen der Selbstverteidigung abgelöst.

Der Verteidigungskrieg

Auch dabei zeigt das Völkerrecht Schwächen, weil es von konventionellen Kriegen zwischen Staaten ausgeht. Was aber gilt, wenn Terroristen den Westen mit Gewalt überziehen? Und was, wenn Schurkenstaaten in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen? Ab wann darf Amerika sich dann verteidigen – und gegen wen? Der Afghanistan-Krieg brachte eine Antwort: Operieren Terrorgruppen von einem Basisland aus, werden sie von dessen Regierung geduldet und unterstützt, so sind ihre Taten dieser Regierung zuzurechnen. Amerika hat demnach in Afghanistan einen Verteidigungskrieg geführt – eine Einschätzung, die der Sicherheitsrat billigte.

Anders sieht es im Fall Irak aus. Eine Zustimmung des New Yorker Rats zu einem amerikanischen Schlag ist derzeit nicht zu haben. Amerikas Strategen ficht das nicht an. Sie behaupten, sie handelten wiederum in Selbstverteidigung, da der Irak Massenvernichtungswaffen entwickle. Damit geht Washington aber weit über geltendes Recht hinaus. Selbstverteidigung ist bisher nur gegen einen Angriff zulässig, der bereits rollt, oder unmittelbar bevorsteht. Die US-Regierung hält dem entgegen: Sollen wir warten, bis es zu spät ist? Donald Rumsfeld sagt, sein Land stehe vor der Wahl, entweder einen verheerenden Überraschungsangriff nach dem Muster der japanischen Attacke auf Pearl Harbour abzuwarten oder zuerst zuzuschlagen.

Da wäre er wieder, der Angriff als beste Verteidigung. Er entspricht den Bedürfnissen einer Weltmacht, die gerade dabei ist, die Entwicklung der Weltpolitik umzukehren. Nicht mehr eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen sowie eine Verflechtung und Zusammenarbeit der Staaten in gemeinsamen Organisationen wird angestrebt, sondern Handlungsfreiheit für die eine Ordnungsmacht. Seit dem 11. September verfolgt die Bush-Regierung offen diese Politik. Und die Welt erlebt das Entstehen des amerikanischen Imperiums.

Süddeutsche Zeitung vom 10.9.2002